Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 10

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Václav Havel – ein Versuch, in der Wahrheit zu leben

«Die tschechischen Schriftsteller tragen die Verantwortung für das Sein ihrer Nation, und zwar auch weiterhin, denn vom Niveau des tschechischen Schrifttums, von seiner Grösse oder seiner Kleinheit, von seinem Mut oder seiner Feigheit, von seinem Provinzialismus oder seiner Allmenschlichkeit hängt in bedeutendem Masse die Antwort auf die Lebensfrage unserer Nation ab: Lohnt ihre Existenz überhaupt? Lohnt die Existenz ihrer Sprache?»

Etwas pathetisch beendete der tschechische Schriftsteller Milan Kundera seine Rede am vierten Kongress des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes im Juni 1967, in der Zeit der höchsten politisch-kulturellen Spannung. Nach dem Niederwalzen des Prager Reformexperiments verliess der heutige Bestsellerautor Milan Kundera zusammen mit vielen anderen tschechischen Schriftstellern sein Land. Nun leben die Schriftsteller Pavel Kohout in Wien, Ota Filip in München, Jozef Škvorecký in Toronto, Jaroslav Vejvoda in Zürich, Jiří Gruša in Bonn und Jiří Kolář in Paris. Das vernichtende Werk der Inquisitoren konnte beginnen.

Václav Havel, Jahrgang 1936, der bedeutendste tschechische Dramatiker und Essayist unserer Zeit, dessen Stücke in vielen Ländern gespielt werden, blieb hingegen in Prag. Seine spätere künstlerische und politische Laufbahn beweist, dass er diese von Kundera postulierte Verantwortung stets ernst nahm.

Es ist also kein Zufall, dass die dreitausend Demonstranten auf dem Prager Wenzelsplatz am 21. August 1989 den Namen Havel und Freiheit in einem Atemzug vor den schwerbewaffneten «Ordnungshütern» skandierten.

Höchst erfreulich ist auch die Tatsache, dass mehr als 20 000 Menschen in der ganzen Tschechoslowakei den in diesem Sommer von Václav Havel initiierten Appell an die Regierung unterschrieben haben — unter ihnen bekannte offizielle Künstler und Wissenschaftler, aber auch Arbeiter und Angestellte. Die Prager Parteiführung — an der Spitze der heutige KP-Chef Jakeš und Ministerpräsident Adamec — ist weit davon entfernt, den ihr zugespielten Ball aufzugreifen und selbst eine «Neubewertung» des Jahres 1968 vorzunehmen. Einzig das klassische Wort «Bruderhilfe» hat sie aus der Sprachregelung für militärische Interventionen gestrichen. Die Prager Nomenklaturisten schienen vielmehr von einer geradezu panischen Angst erfüllt gewesen zu sein, dass die distanzierenden Äusserungen aus Polen, Ungarn und in gewisser Weise auch vom bulgarischen Alt-Stalinisten Schiwkoff die Sowjetunion veranlassten, ebenfalls Breschnews Vorgehen gegen die Tschechoslowakei neu zu bewerten. Dann wäre nämlich die Prager Führung allein dagestanden und in der Rechtfertigung des militärischen Eingreifens gegen die «Konterrevolution» nur noch von der greisen DDR-Führung unterstützt gewesen. In die-

sem Sommer 1989 jedoch vermag der Staat die Grenzen seiner vermeintlichen Allmacht verspüren angesichts der sich verstärkenden Dissidentenbewegung und der Konfrontation mit dem plötzlich politisch agierenden Bürger, welcher aus dem Bierdunst der Vorstadtkneipen und Schrebergärten ausgebrochen ist.

Bereits sieben Jahre nach dem Einmarsch entlarvte Václav Havel in seinem *«Offenen Brief an den Staatspräsidenten Gustáv Husák»*, die kausale Verkettung der *«Hoffnungslosigkeit mit der Apathie»*, welche folgerichtig zur Anpassung führt, die sich wiederum in Routinehandlungen im öffentlichen Leben des Bürgers demonstriert.

Das Spruchband im Schaufenster

Hinter der Fassade der Ideale des «realen Sozialismus» handelt der «kleine Mann», der den Weg des geringsten Widerstandes einschlägt, um sich dann ausschliesslich dem Privatleben widmen zu können. Es drängt sich die Frage nach der Distanz auf zwischen den auf der dunklen Seite der politischen Szene lebenden «Durchschnittsbürgern» und den vom Schreibverbot belegten Schriftstellern.

«Ein Gespenst geht um in Osteuropa, ein Gespenst, das man im Westen Dissidententum nennt.» Diese abgewandelte Version der ersten Zeile des *«Manifestes der Kommunistischen Partei»* von Karl Marx und Friedrich Engels benützt Václav Havel als ironischen Einstieg in seinen *«Versuch, in der Wahrheit zu leben»* (1978).

Weshalb plaziert ein Leiter eines Gemüseladens im Schaufenster zwischen Zwiebeln und Kartoffeln das Spruchband *«Proletarier aller Länder, vereinigt euch»*? *«Was will er damit der Welt mitteilen?»* fragt sich Havel, das Gründungsmitglied der Charta 77. Eine solch alltägliche Handlung hat in den Augen Havels, der sicherlich kein Dogmatiker der Ethik ist, die Funktion eines Zeichens, welches den moralischen Kotau des Durchschnittsbürgers vor der Kulisse der überpersönlichen Ideologie verbergen soll. Die überpersönliche Ideologie wiederum ermöglicht dem «kleinen Mann» eine alibihafte Teilnahme an der scheinbar menschenfreundlichen Ordnung, die ihm momentan den Rückzug ins Private erlaubt. Nach Havel entwickeln sich beim Bürger unter solchen Umständen eine Reihe negativer Eigenschaften, wie Anpassertum, Zynismus gegenüber der eigenen Überzeugung, Kriecherei gegenüber Vorgesetzten: lauter asoziale, egoistische Qualitäten also. Den Mystifikationen der Partei braucht der Bürger nicht einmal Glauben zu schenken, es genügt, wenn er in «Lüge» lebt und dadurch zu einem Bestandteil der Machtstruktur wird.

«‹Realer Sozialismus› ist das, was wir da haben», sagte einmal der ehemalige tschechoslowakische Parteisekretär, Vasil Bilak, im guten Glauben an die korrekte Scheinwelt des tschechoslowakischen Sozialismus.

Dem «physischen Aufbau» der «Machtstruktur» fügt Havel noch eine «metaphysische Ordnung zu, welche, durch eine «Eigenbewegung», den Zusammenhalt der Gesellschaftsordnung garantiert. Um in dieser «Eigenbewegung» zu existieren, ist der Bürger gezwungen, seine Individualität aufzugeben. Diesem Schicksal entgehen auch die Prominenten nicht: Havel erinnert an Gomulka und Husák. Jedermann kann im «post-totalitären» System Stütze und Opfer sein, denn die Geo-

metrie der Aufteilung in Herrscher und Beherrschte ist nicht so eindeutig wie es diejenige in den faschistischen Diktaturen ist.

Auch die Grenzsituation des Jahres 1968 dient Havel als Beleg: Die damalige Dubček-Führung vermochte sich nie von der «Eigenbewegung» loszulösen. Eine so klare Sicht des Prager Frühlings, wie sie Havel besitzt, hat weder der emigrierte Ex-ZK-Sekretär Mlynář, noch der ehemalige Direktor des Prager Fernsehens, Pelikán, heute Mitglied des Europäischen Parlaments in Strassburg.

Anstoss für das Entstehen der Charta 77 war ein Prozess gegen «The Plastic People», eine Gruppe junger Musiker. Hier prallte die non-konforme Jugend mit dem Puritanismus des «post-totalitären Establishments» zusammen, für Havel ein Indiz, dass Konfrontationen mit der herrschenden Macht auch ausserhalb des traditionell politischen Bereichs entstehen können.

Ob die auf den ersten Präsidenten der Tschechoslowakei, Tomáš Masaryk, zurückgehende Idee der «Kleinarbeit», das heisst der ehrlichen und verantwortungsvollen Arbeit im Rahmen der bestehenden Ordnung, auch siebzig Jahre danach noch wirksam ist, bleibt hingegen offen. Allenfalls ist Havel überzeugt, dass solche «Kleinarbeit» Teilerfolg im Kampf gegen die nationale Krankheit Querulantentum zeitigt. Die «Kleinarbeit» wird zwar der Vorstellung des alternativen Lebens gerecht, ihre Möglichkeiten jedoch werden von der herrschenden Macht stark begrenzt. Schon die «Budapester Schule» von Georg Lukács erkannte den Sinn einer sozialistischen Revolution nur bei einer grundlegenden Veränderung des Alltagslebens.

«Schädigende Schriftstücke»

Václav Havel geht es also in seinem Essay um die Rehabilitierung von Werten wie Vertrauen, Offenheit, Verantwortung, Solidarität und Liebe. Havels «Versuch, in der Wahrheit zu leben», seine «sittliche Rekonstitution der Gesellschaft», ist keine akademische Freiübung, sondern ein Vorschlag, Gehorsam zu verweigern: und zwar für alle, sowohl für die Tschechoslowakei — als auch für die in Chile oder in Südafrika lebenden Unterdrückten.

Am 24. Oktober 1979 stand Václav Havel nicht zum erstenmal vor den Schranken des Prager Gerichtshofes. Seine Theaterstücke — «Erschwerte Möglichkeit der Konzentration», «Audienz», «Vernissage», «Protest» — und vor allem seine Beteiligung an den Aktivitäten der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 haben ihn seit langem zum prominentesten Opfer des repressiven Prager Systems gemacht. Der Prager Senat befand damals den Angeklagten für folgende Straftat schuldig: *«Böswillige Untergrabung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik.»* Nach Meinung des Staatsanwaltes hat Havel *«schädigende Schriftstücke zusammengestellt, vervielfältigt und verbreitet».* Dafür wurde er zu viereinhalb Jahren Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Über den drakonischen Urteilsspruch war eigentlich niemand erstaunt...

Briefe an Olga

Nach Paragraph 12 der tschechoslowakischen Gefängnisordnung «darf» der Verurteilte den Angehörigen seiner Familie Briefe schreiben, und das in dem «Umfang», der für die Kategorie der «Besserungserziehung», in die er

eingeteilt ist, festgelegt ist. Für Václav Havel und andere politische Gefangene war das Briefeschreiben, ausser einem vierteljährlichen einstündigen Verwandtenbesuch, die einzige Möglichkeit der Kommunikation. Alle Briefe mussten selbstverständlich die Gefängniszensur passieren. Viele Briefe Havels an seine Frau Olga verschwanden deshalb in der Schreibtischschublade eines Meisters der Zensorenkunst; 145 Briefe aber kamen durch. Havels Zeilen erreichten seine tapfere Frau an ihrem Wohnsitz, einem Wochenendhaus bei Trutnov in Nordböhmen.

Bereits im ersten Brief lässt Havel den Zensor über die Klinge der Ironie springen, wenn er schreibt: *«Die Astrologen hatten, wie sich zeigt, recht, als sie mir für dieses Jahr wieder Gefängnis voraussagten, und als sie sagten, es werde ein heisser Sommer. Hier ist es tatsächlich schrecklich heiss, eine permanente Sauna...»*

Das Lesen von Havels Briefen an seine Frau ist aber keine Vergnügungsfahrt durch das geruhsame Gelände edler Gedankenkonstruktionen. Für diejenigen Leser wiederum, die in Havels «Briefen an Olga» (1983) eine Art Antikommunistenfibel wittern, wird die Lektüre zur Enttäuschung. In seinen Briefen bemüht sich Havel «essayistisch» um das «Grundthema» seiner Theaterstücke: um die «menschliche Identität und ihre Krise». Keine Angst verspürt Havel auch bei seinen phänomenologischen Überlegungen über die «kausale Verbundenheit zwischen der ‹physikalischen› und ‹menschlichen› Wirklichkeit des Individuums». Dabei weiss er zu betonen, dass er auch «kein richtiger Christ und Katholik» ist, er kann «diesen Gott nicht ehren und einfach nicht begreifen...»

Trauer befällt einen beim Lesen der stillen Anklage Havels: *«Warum gehen auf einmal so viele Freunde fort?»* Er dachte dabei offensichtlich an seine Schriftstellerkollegen im westlichen Ausland. Freimütig gibt Havel zu: *«Am Anfang leichte Nostalgie, ein wenig Neid (auf ihre künstlerischen Erfolge) und auch Bedrückung (sie tun endlich wieder das, was ihnen Spass macht), sind im Mühlrad der Arbeit, befreit von all den unendlichen Komplikationen, wobei unsere Mühlen wohl schon lange nichtig erscheinen...»* Wie überzeugend klingen Havels Worte über die sogenannten «kleinen Gefängnisfreiheiten»: *«In Freiheit habe ich den Gefängniskult um den Tee nicht verstanden, hier jedoch habe ich bald begriffen und bin ihm selbst verfallen.»* Für den inhaftierten Havel entwickelt sich die «Teezeremonie» zur «Kontemplationsmöglichkeit», und der Tee ist stellvertretend für die «Entfesselung des Geistes» und Förderung der «inneren Freiheit».

Im Mittelpunkt all seiner Bezüge befindet sich für Havel die Frage nach der *«Verantwortung»*. Diese eben ist es, die *«den Menschen zum Menschen macht und der Grund seiner Identität ist»*.

Eines ist sicher, Havel wollte kein Märtyrer sein. Für die schweigende tschechische Öffentlichkeit aber ist er unfreiwillig ein Held geworden. In einem Land, wo es von Duckmäusern und Quislingen wimmelt, kommt Havels Schreiben und Handeln einer moralischen Rettung gleich. Es verwundert also keinesfalls, wenn man erfährt, dass es im Umfeld von Havels Aktivitäten zu einem interessanten Dialog zwischen den emigrierten und den zu Hause gebliebenen Schriftstellern gekommen ist: Der Zankapfel heisst «Mut und Tapferkeit» angesichts

der «post-totalitären» Diktatur. Ein derartiger Dialog mag hierzulande vielleicht befremden, in der «normalisierten» Tschechoslowakei hingegen hat er einen anderen Stellenwert — dank Václav Havel.

Fernverhör

Im Buch *«Fernverhör»* beantwortet Václav Havel 50 Fragen seines exilierten Landsmannes Karel Hvížďala, der seit 1978 als freier Schriftsteller in der Bundesrepublik lebt und sich vorher schon mit mehreren Interview-Büchern einen Namen gemacht hat. Hvížďala beweist mit seinem «Fernverhör», dass er ein einfühlsamer und gleichzeitig unbarmherziger Gesprächspartner ist.

Havel hingegen stellt ohne Selbstmitleid seinen Werdegang dar: Seiner Familie wurde nach dem kommunistischen Staatsstreich von 1948 *«der Besitz genommen, und sie wurde Objekt des Klassenkampfes»*. Detailreich schildert Havel die wichtigsten Stationen seiner bewegten Biographie, wobei er recht grossen Raum seinem achtjährigen Wirken am «Theater am Geländer» widmet. Das Prager Kleintheater war in den sechziger Jahren die Drehscheibe der modernen theaterästhetischen Konzepte, und Havel war dort *«vom Kulissenschieber, über den Beleuchter, Dramaturgen bis hinauf zum Hausautor»* aufgestiegen.

1968 — das traumatische Jahr der sowjetischen «Bruderhilfe» — begreift Havel als logisches *«Nachspiel und Höhepunkt der gesamten vorhergehenden Entwicklung, dieses langen Prozesses der Selbstbewusstwerdung und Selbstbefreiung der Gesellschaft»*.

Mit dem französischen Philosophen André Glucksmann teilt Havel die Meinung, dass es *«die Rolle des Intellektuellen ist, zu warnen, den Schrecken vorauszusagen, Kassandra zu sein, die von dem spricht, was jenseits der Schanzen geschieht...»*

Ende August 1989 hat ein Gericht in Gottwaldov den bekannten tschechischen Dissidenten Stanislav Devátý wegen der Verfassung des an die Behörden gerichteten Appells «Einige Sätze» zu 20 Monaten Haft verurteilt. Der Koautor und Mitunterzeichner der Petition heisst nämlich Václav Havel. Bei der Person des weltbekannten Autors und diesjährigen Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels zögerte die Behörde. Václav Havel belastet heute das Regime in einem viel höheren Mass als es damals 1984 bei Jaroslav Seifert, dem tschechischen Nobelpreisträger für Literatur, der Fall war.

Dušan Šimko

Václav Havel: Das Gartenfest; Die Benachrichtigung; Zwei Dramen; Essays; Antikoden, Reinbek, 1989. — Vaněk-Trilogie; Audienz — Vernissage — Protest und Versuchung, Sanierung; Theaterstücke, Reinbek, 1989. — Largo Desolato; Schauspiel in sieben Bildern, Reinbek, 1985. Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek, 1980. — Briefe an Olga, Betrachtungen aus dem Gefängnis, Reinbek, 1984. — Fernverhör, Ein Gespräch mit Karel Hvížďala, Reinbek, 1987.

Die Zumutung der Selbstentwaffnung

Zur Initiative «Schweiz ohne Armee» — ein Bekenntnis

Kriege gibt es nach wie vor auf der Welt. Innere und äussere Gewaltanwendung sind an der Tagesordnung. Trotz gegenwärtiger Entspannung herrscht weiterhin Misstrauen zwischen Ost und West. Ungeheure Militärpotentiale werden immer noch für nötig erachtet, um den Frieden zu sichern.

Selbst die gegenwärtigen Abrüstungsbestrebungen visieren keinen waffenlosen Zustand an. Nukleare Potentiale sollen zwar halbiert, die chemischen Waffen vernichtet und die konventionellen Streitkräfte reduziert oder umstrukturiert werden. Aber erstens ist dieser Prozess nach wie vor in seinen Anfängen und niemand weiss, wie lange er dauern wird, und zweitens wird es nach seinem Abschluss immer noch mehr Panzer, Geschütze, Kampfflugzeuge und vor allem Soldaten geben, als je in Friedenszeiten in Europa standen.

Nach wie vor besteht also eine potentielle Kriegsgefahr, selbst auf unserem Kontinent; sie wird durch das Fehlen einer aktuellen Kriegsgefahr nicht aufgehoben. Dies ist um so bedenklicher, als sich letztere — ähnlich der frühen 80er Jahre — unvermittelt und rasch wieder entwickeln kann. Die Zustände in der Sowjetunion und den kleineren osteuropäischen Staaten können im besten Fall als labil bezeichnet werden. So herrscht Ungewissheit über den weiteren Kurs der östlichen Supermacht. Rückfälle in das alte Hegemoniestreben sind denkbar. Mit einem Wort: Die «klassischen» strategischen Bedrohungen auch unseres Landes sind auf absehbare Zeit nicht aus der Welt geschafft. Neue zeichnen sich bereits ab.

Stimmt diese aus Raumgründen leider allzu summarische Bedrohungsanalyse, oder ist sie wenigstens möglich, so erscheint die wohlwollende Aufnahme der Initiative auf Abschaffung der Schweizer Armee, die im November 1989 zur Abstimmung kommt, in einigen politischen Zirkeln und manchen Medien als unverständlich. Helmut Hubacher hat die Gründe, die jedermann zur kategorischen Ablehnung veranlassen müsste, unseres Wissens bisher auf den kürzesten und schlagendsten Nenner gebracht. Seine Fragen:

— Stellt die Schweizer Armee für andere Staaten eine Gefahr dar?
— Würde die Schweiz ohne Armee sicherer?
— Würde die Welt ohne Schweizer Armee sicherer?
— Würde die Schweiz ohne Armee weltweit zum Vorbild anvancieren?

müssen von jedem, der nicht in den Wolken schwebt, mit einem klaren Nein beantwortet werden.

Man kann aber durchaus noch weiter gehen und mit guten Gründen behaupten, dass eine Abschaffung der Schweizer Armee die Situation nicht nur nicht verbessert, sondern eindeutig verschlechtert:

— Eine Schweiz ohne Armee wäre für die Nachbarstaaten eine Gefahr. Sie könnten ein strategisches Vakuum an ihren Grenzen nicht dulden. Frankreich hat dies gegenüber dem

Chef EMD kürzlich denn auch ganz deutlich gemacht. Unsere Neutralität würde kaum mehr sehr lange respektiert.

— Die Schweiz wäre bald kein souveräner Staat mehr. Unser Volk würde sich schutzlos und verunsichert fühlen.
— Sogar der Weltfriede würde durch diesen Schritt beeinträchtigt, in dem Sinne als unser Beitrag zur allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbeherrschung, der nur von einem intakten Staatswesen aus geleistet werden kann, auf längere Frist in Frage gestellt wäre.
— Und schliesslich würde die Schweiz zum abschreckenden Beispiel, weil sie ihren Schutz der Völkergemeinschaft überliesse, statt sich selbst darum zu kümmern. Der immer wieder geäusserte Vorwurf an uns Schweizer, Egoisten und Trittbrettfahrer zu sein, würde vom Negativimage zur berechtigten Anklage. Unsere Isolierung würde zur echten Gefahr.

Man kann sich also kaum genügend mit der «Vision einer Schweiz ohne Schweizer Armee» befassen, wobei auch die Konsequenzen für den «Werkplatz Schweiz» nicht vernachlässigt werden sollten. In ihrem Lichte muss die gestellte radikale Frage letztlich beantwortet werden.

Es geht eben nicht, wie uns manche Kommentatoren immer wieder suggerieren, lediglich um Wesen und Ausstattung der heutigen Armee, um Zivildienst ja oder nein oder um die Höhe der Militärausgaben; es geht um den Zustand der Schweiz nach einer eventuellen Annahme der Initiative oder bei einer sehr grossen Anzahl von Ja-Stimmen. Jede sogenannte «Denkzettel»-Absicht gegenüber dem EMD oder der Armee ist deshalb nicht nur fehl am Platze, sie ist geradezu unverantwortlich. Wer dem Militär auf diese Weise eins auswischen will, selbst in der Meinung, die Initiative werde sowieso abgelehnt, treibt ein gefährliches Spiel mit seiner Heimat. Wenn auch das Endresultat damit nicht unbedingt gefährdet würde, so könnte ein schlechtes Stimmenverhältnis doch zu einer ganzen Reihe negativer Konsequenzen führen, die unbedingt vermieden werden sollten:

— Einzelne Stände könnten annehmen und eine unheilvolle Zerrissenheit des Landes in Fragen nationaler Sicherheit signalisieren.
— Eine starke, annehmende Minderheit könnte die Dissuasionswirkung der Armee, die wesentlich auf Auslandurteilen beruht, unheilvoll beeinträchtigen. Ihre Abhaltekraft, die uns in drei europäischen Grosskriegen zweifelsfrei in hohem Masse geschützt und dem Schweizer Volk Tod, Leid und Verwüstung erspart hat, würde klar in Frage gestellt.
— Jeder weitere politische Angriff auf die Armee oder die schrittweise Beschränkung ihrer Schlagkraft und Effizienz würde von diesem Resultat profitieren, selbst wenn sie aus ganz anderen Gründen vorgetragen würden.
— Den Armeegegnern und allen Befürwortern einer radikalen Veränderung unseres Staates wären Tür und Tor geöffnet, mit neuen Begehren den Topf am Kochen zu halten.
— Kurz: eine Schwächung unserer äusseren Position und unserer inneren Stärke angesichts der zahlreichen geschilderten und weiteren Herausforderungen wäre unvermeidlich.

Das kann doch nicht die Absicht sein, jedenfalls von niemandem, der staatsbürgerliche und sicherheitspolitische Verantwortung über persönliche (wenn vielleicht auch negative) Erlebnisse und Gefühle zu stellen weiss. Es geht im November nicht darum, sein persönliches Empfinden gegenüber der heutigen Armee auszudrücken, es geht um die künftige Existenz der Schweiz.

Eine kurze Charakterisierung der Initiative soll diese Warnung unterstreichen. Sie ist keineswegs «einfach zu früh», sondern eindeutig falsch und gefährlich:

Die Initiative ist illusionär: Sie verkennt die Realitäten unserer Welt, das heutige strategische Umfeld der Schweiz und seine möglichen Entwicklungen. Der unentwegte Hinweis der Initianten auf den Atomkrieg als einzige noch bestehende Bedrohung, gegen die unsere Armee ohnehin machtlos sei, zeigt entweder ihren mangelnden Sachverstand oder ihre Verfälschungsabsicht. Er widerspricht nicht nur aller Erfahrung seit 1945, sondern auch dem modernen strategischen System. Einem viel wahrscheinlicheren konventionellen Krieg oder einem noch wahrscheinlicheren indirekten Angriff (Sabotage und Terrorismus) könnte die Armee hingegen wirksam entgegentreten und würde entsprechend auch bereits ihre präventive Abhaltewirkung ausüben.

Die Initianten argumentieren faktenwidrig: Sie haben ein von Leuten, welche die heutige Armee überhaupt nicht oder nur am Rande kennen, willig übernommenes «Feindbild Armee» geschaffen. Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, was sie darstellt, was sie kann und in welch hohem Masse sie sich laufend der Bedrohungsentwicklung anpasst. Stattdessen wird die Armee recht eigentlich zum Prügelknaben der Nation gestempelt. Man wirft ihr vor, die Umweltprobleme nicht zu lösen, Lärm zu verursachen, Geld zu verbrauchen, nicht demokratisch, nicht grün und nicht feministisch zu sein. Die Vorwürfe grenzen oft genug ans Lächerliche, vor allem wenn man der Armee, wie es oft geschieht, vorwirft, Probleme nicht zu bewältigen, die selbst die zivile Gesellschaft nicht zu meistern vermag. Die Frage aber, wozu die Armee eigentlich geschaffen wurde und ob sie ihre Schutzaufgaben auch künftig noch erfüllen kann oder nicht, wird kaum je wirklich analysiert.

Die Initiative ist überflüssig, weil sie in bezug auf die sogenannte «Friedenspolitik» offene Türen einrennt, beziehungsweise hinter der offiziellen Sicherheitspolitik, die mit ihren zwei Komponenten zugleich und seit langem beste Friedenspolitik ist, hoffnungslos herhinkt. Auch die gross angekündigten Thesen zur Friedenspolitik der Initianten bringen keinen einzigen konkreten neuen Vorschlag. Gegenüber dem, was die Schweiz zur allgemeinen internationalen Friedenssicherung seit Beginn der 80er Jahre effektiv beiträgt, nehmen sich die Vorschläge der Initianten höchst nebulös und verschwommen aus. Als Köder wird allerdings mit den sogenannten Rüstungsmilliarden jongliert, mit denen dann grosszügig Entwicklungshilfe und Friedensforschung betrieben werden soll.

Die Initianten argumentieren demagogisch, vor allem in bezug auf die Militärausgaben. Sie wissen um die — nachweislich falsche — Meinung weiter Kreise, wonach diese Ausgaben unverhältnismässig und ständig steigend seien und andere Staatsaufgaben beeinträchtigten. Sie eskalieren die Zahlen

denn auch laufend, vergleichen Birnen mit Äpfeln und vermeiden es merkwürdigerweise, eine echte «Sozialbilanz» (also nicht nur mit negativen Punkten) vorzuweisen, wie es sich für die vielen gelernten Soziologen unter ihnen eigentlich gehören würde.

Die Initiative ist gefährlich. Sie will unser Land eingestandenermassen hohen Risiken aussetzen, ohne die mindeste Gewähr, dass die Welt oder auch nur die Schweiz dadurch sicherer wird.

Schliesslich argumentieren die Initianten unredlich. Einmal, wenn sie immer wieder darauf hinweisen, es gehe ihnen trotz ihrer radikalen Forderung im Grunde gar nicht um die Abschaffung der Armee; ihr Erfolg sei bereits die Diskussion über die Armee und ihre sogenannte «Lebenslüge» als ein erster Schritt zu einer «anderen, friedensfähigen und solidarischen Schweiz». Unredlich sind sie auch, wenn sie heute vielfach erklären, ein Verzicht auf die Armee sei infolge der heutigen Entspannung möglich, und geflissentlich verschweigen, dass ihr unmoralischer Vorschlag zur Selbstentwaffnung eines friedlichen Kleinstaats bereits in den frühen 80er Jahren Gestalt annahm, als die alte sowjetische Garde, gestützt auf ihre gewaltige Militärmacht alles daran setzte, den Westen unter Drohung und Erpressungsdruck zu halten.

All dies beweist meines Erachtens, dass es unangebracht ist, sämtliche Initianten und Sympathisanten dieses Angriffs auf unser natürliches und legitimes Schutzbedürfnis als Leute zu werten, die im Grunde nur den Frieden und den besten hiezu führenden Weg suchen, obwohl es unter ihnen sicher auch viele solche Leute gibt.

Ohne jemanden verunglimpfen zu wollen, gebietet die sachliche Information des Stimmbürgers, an die geistigen Wurzeln der Initiative zu erinnern. Sie sind in der primär deutschen Friedensbewegung der frühen 80er Jahre zu suchen und dort im extrem linken Spektrum. Das Bekenntnis, man strebe damit in erster Linie eine «wahre Demokratie» sozialistischer Prägung an, sind denn auch in der Initianten-Literatur häufig. Dass ein gutes Drittel der Unterschriften von der früheren Revolutionären Marxistischen Liga (heute SAP) gesammelt wurde, gehört mit zu den Fakten, die man zur Kenntnis nehmen muss. Diese Leute zielen auf die Armee und meinen das Land, dessen Schwächung sie um ihrer politischen Ziele willen bewusst in Kauf nehmen. Nicht umsonst lautet einer ihrer Slogans denn auch: «Rettet die Schweiz, schafft die Armee ab!»

Nicht verwunderlich ist darum die Weinerlichkeit, mit der sich einige Initianten wehren, wenn man auf diesen geistigen Hintergrund zu sprechen kommt. Es herrsche in der Schweiz ein «Klima der Unterdrückung», die Diskussion werde abgewürgt oder verfälscht. Andere fühlen sich «ausgegrenzt» und sehen sich deshalb nach internationalem Beistand um. So soll sage und schreibe die UNO die «Rechtmässigkeit» des Urnengangs vom November überwachen!

Weshalb aber sollten wir ausgerechnet denjenigen, die unsere Armee unermüdlich als «heilige Kuh» bezeichnen, obwohl sie seit Jahrzehnten und zu recht im Kreuzfeuer der Kritik steht, diesen Status für sich selber zubilligen? Leute, die nicht müde werden, die für Staat und Volk gefährlichsten Ziele aufgrund reiner Behauptungen als Fortschritt anzupreisen, werden es sich gefallen lassen müssen, dass man sich mit ihrer Gedankenwelt etwas näher

befasst. Dass sie dennoch zu Worte kommen sollen und in hohem Masse auch bereits zu Worte gekommen sind, ist selbstverständlich. Noch kaum je haben Initianten eines Volksbegehrens mit soviel Aufmerksamkeit rechnen können.

Man darf sich deshalb nicht beirren lassen. Die von den Initianten viel beschworene «wahre Demokratie» besteht nicht darin, dass man Ursprünge und Hintergründe extremer Initiativen verwedelt, sondern dass man sie analysiert und des Pudels Kern ans Licht bringt. Mit der unerbittlichen Frage «Wem nützt's?» lassen sich auch hier wichtige Erkenntnisse gewinnen.

Ein Aufruf zur Wachsamkeit scheint somit am Platze. Er gilt meines Erachtens auch für die Medien. Dass einige Journalisten heute ihre Stunde für gekommen glauben, um wirkliche oder vermeintlich dunkle Punkte im Militärbetrieb aufzuzeigen, welche die Armee diskreditieren können, und dass sie versuchen, ihre Trouvaillen inquisitorisch auszuwerten, daran haben wir uns schon beinahe gewöhnt. Aber die in manchen Medien feststellbare Tendenz, dem Stimmbürger im Vorfeld der Abstimmung mittels ungezählten kleinsten und kleinen Nadelstichen laufend zu suggerieren, die Armee sei im Grunde eine zweifelhafte, zu teure oder gar schädliche Institution, ist angesichts dessen, was sie bedeutet und was letztlich auf dem Spiele steht, höchst bedenklich.

Solche Bemerkungen werden wahrscheinlich zum Vorwurf führen, ihre Befürworter möchten die Armee doch am liebsten der Kritik entziehen. Das ist keineswegs gemeint. Im Gegenteil. Es ist zweifellos nötig und richtig, permanent darüber zu diskutieren, ob die Armee in Zukunft ihren verfassungsmässigen Auftrag nach wie vor erfüllen kann und wie sie sich weiterentwickeln soll. Aber der Massstab für diese Diskussion sollte der bestmögliche Schutz von Land und Volk sein und nicht das Zerrbild, das uns immer wieder präsentiert wird.

Bis Mitte der 80er Jahre — es ist gar noch nicht so lange her — bestand die grösste Gefahr für unser Land in einem strategischen Überfall, im Rahmen eines europäischen Grosskrieges, dessen Ausbruch nicht zuletzt die Friedensbewegung befürchtete. Morgen, so sagt man uns, wird die grösste Bedrohung das Ozonloch in der Atmosphäre mit allen seinen Konsequenzen sein. Heute aber, so müssen wir feststellen, besteht die grösste existenzielle Gefahr für die Schweiz darin, dass unser Volk oder wenigstens ein grosser Teil von ihm, den Schalmeientönen der Armeeabschaffer folgt, ihre Utopien für Realitäten hält, und sich schlimmstenfalls den kommenden Bedrohungen gegenüber, die sich wahrlich bereits heute abzeichnen, wehrlos wiederfindet.

Diese Gefahr, der wir uns gegenüber sehen, besteht zusammengefasst in der Übernahme illusionärer Träumereien von einer Welt, die urplötzlich friedlicher wird, wenn nur die kleine Schweiz auf volle staatliche Souveränität, Selbstschutz und Notwehr verzichtet; sie besteht in der Verkennung der Triebfeder mancher Initianten, die genau wissen, aber es meist vorsichtiger ausdrükken, dass eine bewaffnete, verteidigungsbereite Schweiz ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen widerspricht; sie besteht im durch nichts zu erhärtenden Glauben, dass eine radikale Veränderung unseres nationalen Sicherheitsdenkens zwangsläufig zu einer Verminderung des inneren und äusseren Gewaltpegels führen werde.

Ganz sicher aber führt es zunächst zum Verlust unserer nationalen Identität und später zum Verlust unserer staatlichen Existenz.

Hier sind jene, namentlich auch jene Jungen angesprochen, welche die Initiative als Möglichkeit begrüssen, endlich einmal im politischen Geschehen etwas Grundsätzliches bewirken zu können. Ihre Vorbehalte gegen die ihrer Ansicht nach zu konservative offizielle Schweiz, ihr Wunsch nach Öffnung und vermehrter internationaler Solidarität lassen sich — wie man ihnen suggeriert — am 26. November wirksam manifestieren. Es scheint mir deshalb wichtig, dass wir ihnen glaubwürdig zu verstehen geben, dass Wirkung und Risiko bei einer solchen, an sich verständlichen Denkweise in keinem Verhältnis stehen. Die Weiterentwicklung der Schweiz als Staat, Nation und Gesellschaft wird nicht mit der Abschaffung der Armee vorangetrieben, im Gegenteil. Mit ihr würden sämtliche Optionen, die wir infolge unserer gesicherten Basis heute noch in vollem Umfang besitzen, auf eine Einbahnstrasse, um nicht zu sagen auf eine Sackgasse reduziert. In einer Zeit, in der sich zahlreiche Völker unter dramatischsten Umständen von jenen Utopien, Irrtümern und Irrwegen lösen, denen viele Initianten nach wie vor schwärmerisch anhängen, wäre es wohl mehr als töricht, ihnen in Richtung einer bereits so klar gescheiterten Weltanschauung zu folgen.

Der schweizerische Beitrag zur Entwicklung einer gerechteren Welt, zu menschenwürdigeren Verhältnissen als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden, ist auch für mich eines der wichtigsten Diskussionsthemen. Die entsprechenden Postulate sind denn auch längst erkannt und werden, soweit sie für einen Kleinstaat realistisch sind, sukzessive verwirklicht. Aber dieses Dauerthema hat mit dem Urnengang vom November nur indirekt zu tun. Mit einem Ja zur Initiative erreichen wir kein einziges dieser hehren humanen Ziele; wir gefährden sie höchstens, indem wir die gesicherte Basis zerstören, von welcher aus sich für Frieden und Gerechtigkeit als Staat und als Individuum am besten wirken lässt.

Die Schweiz als strategisches Niemandsland, als unsicherer Ort, unsicher gemacht durch die eigenen Bürgerinnen und Bürger, wahrlich ein Zustand, dem wir alle mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln der Information und der Überzeugung entgegentreten müssen.

Die Initiative ist keine «Utopie» in positivem Sinne, wie immer wieder behauptet wird. Die «Schweiz ohne Armee» ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner. Es ist zu wünschen, dass diejenigen, die ihn heute noch träumen, möglichst bald — nicht zuletzt mit Hilfe der Medien — aus ihrer kollektiven Umnachtung erwachen und die gefährliche Zumutung der Selbstentwaffnung eindeutig zurückweisen werden.

Ich jedenfalls bin überzeugt, dass man in dieser für unser Land entscheidenden Existenzfrage nach Abwägen aller Argumente nicht zweierlei Meinung sein kann.

Gustav Däniker

Einblick in die Seele Indiens

Seit den Reiseberichten der griechischen Antike ist Indien für den Europäer ein Paradox: vertraut und rätselhaft zugleich, Kulturen, Religionen und Menschen, die, sobald man sie zu verstehen glaubt, sich durch ihre Komplexität auch gleich dem Zugang wieder entziehen. Im Mittelpunkt der — teilweise vordergründigen, teilweise unaufhebbaren — Widersprüche steht das Individuum, in dessen Seelenverfassung Sudhir Kakars[1] psychoanalytische Studie «Kindheit und Gesellschaft in Indien» Einblick gibt. Das Buch, dessen Entstehungszeit in die frühen siebziger Jahre hineinreicht, ist, in seiner englischen Fassung, seit mehreren Jahren ein Standardwerk der Kindheitsforschung in Indien. Sein Autor ist einer der international am besten bekannten indischen Psychoanalytiker. Seit kurzem liegt eine sorgfältig ausgearbeitete deutsche Ausgabe des Buches vor, die, in leicht lesbarem Stil geschrieben, die Grundlinien der komplexen Persönlichkeit des Inders darstellt.

Das Paradox der vertrauten Fremdheit oder der fremden Vertrautheit des indischen Kulturkreises ist durch drei externe Eingriffe vertieft worden: ethnisch durch die frühe Zuwanderung aus dem Nordwesten, resultierend in den auffällig europäischen Gesichtszügen vieler Inder; kulturell durch die islamische Eroberung des Subkontinents, resultierend in einer architektonischen Erbschaft, deren Kontinuität bis zum Mittelmeerraum unverkennbar ist; zivilisatorisch durch die Kolonialisierung der Briten, resultierend in einem Rechts- und Verwaltungswesen und in einer Verkehrssprache, die der europäischen Entwicklung entspringen. Unter diesen Überlagerungen, zu denen auch die moderne nationalstaatliche Gliederung des Subkontinents zu zählen ist, liegen jedoch die Fundamente dessen, was in der Persönlichkeit selbst des einfachsten subkontinentalen Einwohners uns als das zutiefst Indische entgegentritt. Hier lassen sich die Gegensätze zwischen dem europäischen und dem indischen Zugang zur Welt denn auch durch nichts mehr übertünchen, mit ein Grund dafür, dass Indien keinen auswärtigen Besucher unberührt lässt, ihn sei es durch Ablehnung oder tiefste Affinität in seinen Bann zieht.

Götterkulte

Vor diesem Hintergrund interessiert an Kakars Studie die Entwicklung in der indischen Kindheit des Verhältnisses zur Religion und zu den Mythen, zu den Grenzsituationen menschlicher Existenz und zur Sexualität. Aus diesen Elementen entwirft er ein Diagramm der indischen Persönlichkeit, das Einblicke in die allen externen Veränderungen zum Trotz unwandelbare Seele des Landes vermittelt.

«Für Indien ist das religiöse Leben das Zentrum, die Schlüsselnote der gesamten Musik des nationalen Lebens.» Aus einer an den griechischen Götterkosmos erinnernden Fülle von Mythen und Götterkulten erhält das indische Kind von seinen ersten Lebensjahren an entscheidende Anstösse zur Prägung seiner Persönlichkeit und seines Weltbildes. Im Vordergrund stehen der Krishna-Kult, *«zweifellos der populärste»*, und jener des Shiva, im Rigveda der höchste Gott

im indischen Pantheon. In einer durch rigide Kasten und Hierarchien geprägten Gesellschaft steht Krishna — ähnlich dem Dionysos im Griechenland der Antike — für völlige Freiheit und ungebundene Fröhlichkeit. *«Die traditionellen Verhaltensnormen und die Beziehungen zwischen den sozialen Gruppen, zwischen den Generationen und vor allem zwischen den Geschlechtern sind in der Krishna-Verehrung aufgehoben.»* Bei Frühlingsfesten wie bei Holi werden, sozusagen als Selbstreinigung, aber stets nur in temporärer Form, die Schranken, die sich das Jahr hindurch etwa in der Form der Unzugänglichkeit selbst von Tempeln für Kastenlose dauernd manifestieren, niedergerissen: eine ritualisierte Sozialrevolution auf Zeit.

Beim Shiva-Kult richtet sich die Verehrung indessen nicht auf eine menschliche Repräsentation des Gottes, sondern auf sein Symbol, den Linga, den Phallus. *«Psychologisch ist der allgegenwärtige Shiva-Kult ein kulturelles Phänomen, das eindrucksvoll die narzisstische Orientierung der indischen Männer belegt.»* Shiva, in der hinduistischen Trinität der Zerstörer, zugleich als Symbol der Erschaffung, der Zeugung. Aus seiner Verehrung erwächst nicht nur die ausgeprägte Selbstbezogenheit indischer Männer und die Akzeptanz homoerotischer Beziehungen bei ansonsten normalen erotischen Einstellungen zur Frau, sondern auch die Abneigung gegen ein Denken und Handeln in rigiden Alternativen, dem Aussenstehenden erkennbar in der Fähigkeit des Inders, sowohl in seinem familiären wie auch im weiteren Sinne gesellschaftlichen Bezug mit Widersprüchen zu leben, die im Westen zu oft nicht verkraftbaren Spannungen, gar zu Neurosen führen.

Das vorgeformte Kind

Aus Religion und Mythen schöpft bereits das Kind wichtige Anstösse zur im Verlauf seines Heranwachsens immer grösseres Gewicht gewinnenden Auseinandersetzung mit den Grenzsituationen menschlicher Existenz, mit Krankheit, Alter und Tod. Dazu trägt auf der einen Seite bei, dass das indische Kind im Vergleich zu seinen westlichen Altersgenossen viel länger in einer mythischen, magischen Welt zu leben ermutigt wird, auf der andern Seite hilft das Aufwachsen in der Grossfamilie, nach wie vor für die grosse Mehrheit selbst in städtischen Verhältnissen lebender Inder die normale Lebensform. Krankheit, Alter und Tod werden dadurch zu normalen Lebensumständen, denen das Kind innerhalb des Grossfamilienverbandes im natürlichen Ablauf der Dinge begegnet.

Von fundamentaler Bedeutung ist jedoch die hinduistische Weltsicht, derzufolge *«das neugeborene Kind keine tabula rasa ist, sondern es ausgestattet kommt mit einem höchst persönlichen und individuellen Unbewussten»,* dessen Ursprung nicht biologisch, sondern metaphysisch ist. Die Natur des Unbewussten hängt *«von den ‹Taten› (im weitesten Sinne des Wortes) eines vorhergehenden Lebens»* ab. Notwendigerweise führt eine solche Weltsicht zu einer vom westlichen Kulturkreis grundlegend verschiedenen Bewertung von Tod und Lebenssinn. Kakar betont in diesem Zusammenhang die Relativierung der Handlungsmöglichkeiten und -vorschriften für den durchschnittlichen Hindu. Absolute Maximen und Regeln, an deren Erfüllung das Leben ethisch-moralisch gemessen wird, fehlen. An die Stelle des *«Du sollst»* oder *«Du*

darfst nicht» tritt das *«Du kannst nicht, aber versuche es!». «Eine der Konsequenzen dieses ethischen Relativismus ist beim einzelnen Hindu von frühester Kindheit an die Entwicklung eines tiefsitzenden Zweifels an der Weisheit und Wirksamkeit persönlicher Initiative.»*

Anders als im Westen wird demzufolge die traditionelle Erziehung des Kindes in Indien nur marginal von individuellen Wertvorstellungen seiner Eltern, insbesonders seiner Mutter bestimmt. Das Wissen der Eltern um die Vorgeformtheit der Eigenschaften bereits im Kleinkind mindert den Druck auf beide Teile, mit einem Ideal der Erziehung zu konformieren. Anderseits legt eine stabile Umwelt, vor allem was geschlechtsspezifische Funktionen und Hierarchien betrifft, die Rolle des Kindes und des Heranwachsenden weitgehend fest, mit allen Implikationen, die das — beispielsweise in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern — für das spätere Leben hat. Im Westen sind primär die negativen Folgen dieser Ordnung bekannt, die Vernachlässigung der Mädchen, Mitgiftmorde und Witwenverbrennungen. Doch handelt es sich dabei um Exzesse, um keineswegs systembedingtes Fehlverhalten, dessen Häufigkeit kaum die Rate der Normverletzungen in den modernen westlichen und verwestlichten Gesellschaften erreichen dürfte.

Status der Frau

Auch vor dem Hintergrund inkompetenter, zumeist durch Sensationslust und kulturelle Vorurteile bestimmter Berichterstattung in den westlichen Medien kommt Kakars Buch als willkommene Korrektur. Zwar ist *«die Vorliebe für einen Jungen so alt wie die indische Gesellschaft selbst»,* doch gilt es, auch vor dem Hintergrund, dass die indische Frau *«ihre Identität gänzlich durch ihre Beziehungen zu anderen definiert»* sieht, der Komplexität des Lebens heranwachsender indischer Mädchen Rechnung zu tragen. Ungeachtet der «institutionellen» Bevorzugung des Knaben als Stammhalter und zugleich Versorgungspflichtiger seiner Eltern erfährt das Mädchen im Verband der Grossfamilie Beziehungen, welche die Hintansetzung gegenüber dem Bruder oder den Brüdern aufwiegen. Kakar hebt hier die Mutter hervor, die im Wissen um die Konflikte, die ihre eigene Herauslösung aus dem eigenen Familienverband auslöste, besonderes Mitgefühl für die Tochter empfindet, im Wissen auch um die zeitliche Befristung dieser Beziehung, der durch die — zumeist in sehr jungen Jahren erfolgende — Heirat mit dem Wegzug in die Grossfamilie des Ehemannes ein sehr naher zeitlicher Horizont gesetzt ist.

Aber auch der Status der Frau in der Ehe ist in dieser Komplexität zu sehen. Während die Jungverheiratete im Grossfamilienverband ihres Ehemanns auf einer der niedrigsten Stufen aufgenommen wird, im Vergleich etwa zur Schwiegermutter oder zu den Ehefrauen der älteren Brüder ihres Mannes, ändert sich diese Position mit der Geburt eines Kindes, insbesondere eines Sohnes schlagartig. Das Wichtige an dieser Statusänderung ist nicht nur der Aspekt der ausgleichenden Gerechtigkeit, sondern vor allem die Wertschätzung des Alters, die aus dieser Evolution der Rolle im Grossfamilienverband erwächst. Und wiederum im Blick auf die Entwicklung in den

westlichen Gesellschaften ist die Frage zu stellen, ob diese durch konkrete Statusverbesserungen manifestierte Wertschätzung des Alters nicht nur Wesentliches zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt, sondern — insbesondere auch für die Frau — ein Grundelement der Menschenwürde ist.

Urs Schoettli

[1] Sudhir Kakar, Kindheit und Gesellschaft in Indien. Nexus Verlag, Frankfurt am Main 1988.